Das Auswärtige Amt.

In der Budgetkommission erklärte Staatssekretär v. Schoen bezüglich der Neuordnung im auswärtigen Amt: In den anderthalb Jahren seiner Amtstätigkeit habe er sich überzeugt, daß das Kleid unsrer Behörde tatsächlich zu enge geworden sei. Zwar werde, wie gerade vom Auslande anerkannt werde, nach wie vor genau und erschöpfend gearbeitet, hinsichtlich unsrer Organisation befänden wir uns aber dem Auslande gegenüber in wichtigen Punkten im Nachteil. Im Auslande habe man fast überall für die politische Abteilung einen besonderen Direktor und ein Kabinett des Ministers. Beides fehle bei uns. Dieser Zustand werde auf die Dauer nicht haltbar sein. Der Staatssekretär sei durch seine Geschäfte so stark in Anspruch genommen, habe so viele Abhaltungen dienstlicher Natur, daß er eines Vertreters für die politische Abteilung dringend bedarf.

Ein ständiger Vertreter für den gesamten Kreis der Geschäfte, der Unterstaatssekretär, könne diese besondere Aufgabe nicht zu seiner sonstigen Tätigkeit hinzunehmen; er sei mit Arbeiten bereits mehr als hinreichend belastet. Es sei unumgänglich für die politische Abteilung, entweder die Stelle eines Direktors oder doch wenigstens eines Dirigenten zu schaffen.

Eine andre Frage ist, ob es möglich sein werde, einen Teil der Arbeiten des Auswärtigen Amtes an andre Ressorts abzugeben. Eine Ersparnis würde dabei allerdings nicht erzielt werden. Es könnte z. B. eine Abzweigung der handelspolitischen Geschäfte und ihre Übertragung an ein Reichshandelsamt in Frage kommen. Bei der gegenwärtigen Finanzlage habe es aber noch keinen Zweck, diesen Gedanken näher zu verfolgen.

Eine andre Seite der Frage betrifft die Vereinfachung des Geschäftsganges. Hier seien bereits eine ganze Reihe von Reformen zur Einführung gelangt, doch müsse man vorsichtig und mit Bedacht vorgehen, um nicht Bewährtes zugunsten fehlerhafter Neuerungen umzustoßen. Der Staatssekretär macht sodann nähere Angaben über den von Jahr zu Jahr zunehmenden Umfang der Geschäftslast, dem eine gleiche Zunahme der Beamtenzahl nicht entspreche. Eine starke Last erwachse dem Amte und den Vertretungen im Auslande durch eine Inanspruchnahme von seiten des Publikums mit Kleinigkeiten, die mit der politischen Arbeit nicht das geringste zu tun hätten.

Der Staatssekretär erörterte sodann eine Reihe einzelner zur Sprache gebrachter Fragen. Zum Schluß wiederholte er die Zusicherung, daß bei der Annahme für den diplomatischen Dienst bei entsprechender Eignung für den Dienst ohne Vorurteil und ohne Bevorzugung einzelner Klassen verfahren werden soll.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm hat dem Sultan für sein Geburtstagstelegramm schriftlich seinen Dank übermittelt.

*Der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, v. Schuckmann, wird Anfang Februar in Berlin zurückerwartet, da dann die Budgetkommission den Etat von Deutsch-Südwestafrika beraten dürfte.

*Ein Vertrauensbruch erregt in parlamentarischen Kreisen und weit darüber hinaus das größte Aufsehen. In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages vom 22. d. hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schoen vertrauliche Mitteilungen über die auswärtige Lage gemacht, und es war, wie üblich in solchen Fällen, beschlossen worden, über seine Mitteilungen Stillschweigen zu bewahren. Trotzdem wurde der Inhalt seiner Angaben wenige Tage darauf in einem Artikel der Wiener ‚Neuen Fr. Presse' veröffentlicht. Die Mitglieder der Kommission äußerten über diese mangelnde Verschwiegenheit ihre Entrüstung. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter sagte sogar aus, daß der Verfasser bösartig gehandelt, weil er zur Veröffentlichung eine ausländische Zeitung benutzte. Sämtliche Mitglieder der Kommission versicherten auf ihr Ehrenwort, daß sie nichts mit der Sache zu tun hätten. Es stellte sich schließlich heraus, daß die Veröffentlichung auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Noske zurückzuführen sei, der der erwähnten Sitzung beigewohnt hatte, ohne der Kommission anzugehören. Herr Noske entschuldigte sich, und die Kommission glaubte es im Interesse des Ansehens des Reichstages bei dieser Entschuldigung bewenden lassen zu sollen und deshalb auch nichts darüber in die Öffentlichkeit zu bringen. Um so größer war ihr Befremden, als im ‚Vorwärts' eine Notiz erschien, daß ein Mitglied des Hauses „als Urheber der Verbreitung festgestellt worden sei." Infolgedessen wurde der Beschluß, den Vorgang mit Stillschweigen zu übergehen, aufgehoben. Der Abgeordnete Noske ist Redakteur eines Chemnitzer Blattes und gehört dem Reichstage seit 1906 an.

*Eine Berechnung des Mehrbedarfs für die Besoldungsreform der Beamten nach den Kommissionsbeschlüssen der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses ist vom Finanzministerium aufgestellt worden. Der Mehrbedarf beträgt insgesamt 15 500 870 Mk. Es verteilt sich wie folgt: Eigentliche Besoldungsreform 11 563 170 Mk., anderweitige Anrechnung der Diätarzeit für die höheren Beamten 700 000 Mk., vermehrte Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der aus dem Militäranwärterstande hervorgegangenen Beamten des Zivildienstes.

Österreich-Ungarn.

*In Eger ist es zu tschechenfeindlichen Kundgebungen der Deutschen gekommen, die die Gendarmerie zu bewaffnetem Einschreiten zwangen. Nur mit großer Mühe konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Die in Eger lebenden Tschechen haben infolge dieser Vorgänge vom österreichischen Ministerpräsidenten die Verhängung des Standrechts über Eger erbeten.

Belgien.

*Trotz des Widerstandes der Mehrheitsparteien will die belgische Regierung die seit langem geplante Heeresreform nunmehr zur Durchführung bringen. Ministerpräsident Schollaert gab eine sehr entschiedene Erklärung dahin ab, daß die Regierung demnächst geeignete Maßregeln vorschlagen würde, um der vom Kriegsminister festgestellten Unzulänglichkeit des Bestandes der Armee abzuhelfen. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht stellt der Minister damit allerdings nicht in Aussicht.

Balkanstaaten.

*Die Lage auf dem Balkan hat sich ein wenig gebessert; es ist sogar Hoffnung vorhanden, daß die Türkei und Bulgarien bald wieder friedliche Unterhandlungen beginnen. Sämtliche Vertreter Bulgariens im Auslande haben ihrer Regierung mitgeteilt, daß die Großmächte keiner Gebietsveränderung Bulgariens zustimmen würden. Von der in Konstantinopel geforderten Gebietsabtretung kann also keine Rede mehr sein. Auf welcher Grundlage eine Einigung zwischen beiden Staaten zustande kommen wird, ist zurzeit noch unklar; doch hofft man in Konstantinopel, daß König Eduard bei seinem Besuche Kaiser Wilhelms für eine Verständigung Englands und Deutschlands über die Lage auf dem Balkan Sorge tragen wird. Wenn dann beide Staaten ein Machtwort sprechen, wäre die Kriegsgefahr mit einem Schlage beseitigt. Es muß abgewartet werden, ob diese Verständigung in Berlin erreicht wird. (Das ist noch immerhin zweifelhaft, da auch die übrigen Mächte nicht Deutschland und England die Entscheidung allein überlassen werden.).

*Im türkischen Parlament kam es zu einer stürmischen Kundgebung für die Einrichtung des Schiedsgerichts. In eingeweihten Kreisen legt man diesem Vorgang große Bedeutung bei und hofft, daß die Türkei zur Lösung der Balkanfrage zunächst kein friedliches Mittel unversucht lassen wird.

Amerika.

*In Havana hat jetzt die feierliche Einsetzung der neuen unabhängigen kubanischen Regierung unter dem Präsidenten Gomez und die Verabschiedung der amerikanischen Verwaltungen stattgefunden. Hoffentlich werden die Kubaner von nun an ohne amerikanische Bewachung, aber auch ohne Revolutionen fertig.

Asien.

*Das Befinden des an den Pocken erkrankten jungen Kaisers von China hat sich soweit gebessert, daß eine Lebensgefahr nunmehr ausgeschlossen erscheint.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag befaßte sich am Donnerstag mit der Weiterberatung des sozialdemokratischen Antrages Albrecht u. Gen. betr. Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen ländlichen Arbeitern und Gesinde einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits. Gegenüber den Abgg. Stenger (frs. Vp.) und Gothein (frs. Vgg.), die sich für den Antrag aussprachen, betonte Abg. Varenhorst (freikons.), der Sozialdemokratie käme es gar nicht darauf an, die Lage der Landarbeiter zu verbessern, ihr sei es nur um die Agitation zu tun. Auch Abg. Hufnagel (kons.) sprach sich entschieden gegen den Antrag aus. Abg. Broy (soz.) begründete nochmals den Antrag seiner Partei. Abg. Fegter (freis. Vgg.) befürwortete eine Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern. Abg. von Volko (kons.) gab zu bedenken, daß die Landwirtschaft zu jeder Zeit durch einen Streik der Landarbeiter aufs schwerste geschädigt werde. Die Landwirtschaft müsse durchaus Sicherheit haben, daß die Arbeiter das ganze Jahr über bei ihr aushalten.

Am 29. Jan. steht auf der Tagesordnung die Interpellation Graf Hompesch betr. Sicherung des Arbeitsvertrags und des Koalitionsrechts (schwarze Listen).

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zu sofortiger Beantwortung bereit.

Abg. Giesberts (Zentr.): Schon früher ist die Methode der Arbeitssperren, der schwarzen Listen, wiederholt zur Sprache gekommen. So 1889 nach dem großen Bergarbeiterstreik. Wie ein roter Faden ziehen sich die Beschwerden über schwarze Listen und Sperren seitdem durch alle sozialpolitischen Debatten. Hier handelt es sich gegenwärtig weniger um allgemeine Arbeitssperren, als um

Sperren gegen einzelne, besonders mißliebige Personen.

Diese schwarzen Listen stehen im Widerspruch zu § 113 Abs. 3 der Gewerbeordnung, der besagt: „Den Arbeitgebern ist untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen." Die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber in Verbindung mit schwarzen Listen sind auch eine schwere Beschränkung der Freizügigkeit. Redner geht dann auch auf die betreffenden Abmachungen beim Zechenverband und andern Verbänden, Abmachungen, deren Innehaltung durch scharfe Kontrolle und durch Konventionalstrafen gesichert werden, ausführlich ein. Infolge dieses Systems habe daselbst ein enormer Wechsel in der Arbeiterschaft der einzelnen Werke stattgefunden. Das ganze Lohnzahlungssystem im Ruhr-Bergbau, mit seinem Prämienwesen an Steiger, sei ungesund. Auf die Dauer könne der Gesetzgeber unmöglich dulden, daß von den Unternehmern unter Überspannung des Autoritätsgefühls ihre Übermacht dergestalt ausgenutzt, Arbeitern sogar auf volle sechs Monate jede Möglichkeit, Arbeit zu finden, genommen werde. Da müsse unbedingt Wandel geschaffen werden.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Verbotsbestimmungen in den §§ 152, 153 der Gewerbeordnung richten sich nur gegen Maßnahmen, welche innerhalb einer und derselben Partei im Lohnkampfe angewendet werden, nicht aber gegen Maßnahmen einer Partei gegen die andre. Irrig ist auch die Annahme des Interpellanten, daß die schwarzen Listen gegen § 113 Abs. 3 der Gewerbeordnung verstoßen, denn da handelt es sich nur um Ausstellung von Zeugnissen. Allerdings würde man in der Aufnahme in die schwarzen Listen unter Umständen eine Beleidigung erblicken können. Im allgemeinen aber kann die

Sperre nicht als unerlaubte Maßregel

gelten. Wegen der Zugehörigkeit zu einer Organisation ist auf diese Listen, so viel ich sehe, kein Arbeiter gesetzt worden, vielmehr in der Hauptsache wegen Kontraktbruchs, und außerdem wegen Unbotmäßigkeit. Die Belegschaft im Ruhrrevier ist keine gleichartige. Es wandern dort Arbeiter ein, vom Osten, die weniger fest wurzeln und die in ihren jüngeren Elementen ein zahlreiches Kontingent der unsoliden Arbeiter liefern. Wenn diese Anwanderer vielfach durch Lohnversprechungen, die nachher nicht gehalten werden, herangezogen werden, so will ich das nicht billigen. Tatsache ist aber auch, daß von manchen Arbeiterführern auch solche Einrichtungen, die von den Unternehmern getroffen waren, um sich einen Stamm von Arbeitern zu sichern, Einrichtungen sozialer Fürsorge schon bekämpft worden sind. Wenn das geschieht, und wenn dann noch der Haß gegen alles, was Unternehmer heißt, geschürt wird, so erklärt das allerdings die Kontraktbrüche. Diese Unstetigkeit gefährdet namentlich auch die Sicherheit im Bergbau. Wenn das aber der Fall ist, so ist es wirtschaftlich erklärlich, wenn sich das Unternehmertum zu helfen sucht und auch zu Sperren greift.

Druck erzeugt Gegendruck.

Man hat ja dann nicht nur Kontraktbrüchige auf die Listen gesetzt, sondern auch solche Arbeiter, die hetzen. Ruft man den Gesetzgeber, so muß dieser paritätisch einschreiten. Unter Streik und Boykott leidet auch der Mittelstand, sicher aber auch der Großunternehmer. Die Judikatur des Reichsgerichts hat ja auch schon ausgesprochen, daß eine Aussperrung unzulässig ist, wenn sie über den andern auf die Dauer verhängt ist, seine Existenz gefährdet. Es kann also z. B. die Aussperrung erlaubt sein, wenn sie nur auf einen kleinen Bezirk sich erstreckt, während sie unzulässig ist und gegen die guten Sitten verstoßen kann, wenn die Aussperrung auf einem größeren Bezirk erfolgt. Ein Spezialgesetz würde jedenfalls nie in der Lage sein, in ähnlicher Weise wie die bestehenden allgemeinen Vorschriften, sich den wechselnden Tatbeständen anzuschließen. Sozialpolitik kann nicht nur mit dem Gesetze betrieben werden. Die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Das beste wäre, wenn sich die wirtschaftlichen Kampforganisationen in wirtschaftliche Interessenorganisationen verwandeln wollten. Dann würde die Verständigung erleichtert werden.

Auf Antrag Spahn erfolgt Besprechung der Interpellationen.

Abg. Stresemann (nat.-lib.): Mit Recht hat der Staatssekretär gesagt, daß die Geheimhaltung der Liste zu beanstanden sei. Die Liste muß öffentlich sein, schon damit der Aufgenommene vor Irrtümern behütet ist. Auch eine kürzere Dauer der Aussperrung — nicht sechs Monate wie beim Zechenverband — würde der Sperre vieles von ihrer Schärfe nehmen. So sehr wir bereit sind, die Unternehmer gegen Kontraktbruch zu schützen, so müssen wir doch zugeben, daß dieses System der schwarzen Listen, wie es jetzt besteht, vor einer unparteiischen Prüfung nicht standhält.

Abg. Wagner (kons.): Meine Freunde sind bereit, in einer andern Richtung für den Ausbau des Koalitionsrechtes mitzuarbeiten; aber selbstverständlich nur in der Weise, wie das der Staatssekretär dargelegt hat, das heißt in der Weise, daß parisätisch vorgegangen wird. Unmöglich ist es, und darin stimmen wir durchaus dem Vorredner bei, etwa ein Ausnahmegesetz gegen die Unternehmer zu schaffen. Nur der Klassenkampf macht es, daß bei uns die Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter solche Schärfe annehmen.

Abg. Sachse (soz.): Die Rede des Staatssekretärs heute hat mich so recht an einen Ausspruch seines Vorgängers v. Bötticher erinnert, der dahin ging: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!" Nämlich für die Unternehmer! Der Staatssekretär streifte die Frage der Arbeiterwanderung. Aber auf die elende Art, wie die den herangelockten Arbeitern gemachten Lohnversprechungen erfüllt werden, ist er nicht eingegangen! Und die von ihm sodann erwähnten „Wohlfahrts-Einrichtungen", — sind die denn nicht geradezu dazu da, um die Arbeiter rechtlos zu machen?! Redner wendet sich auch weiterhin lebhaft gegen die Ausführung des Staatssekretärs und fordert wiederholt Eingreifen des Gesetzgebers gegen die Unternehmer.

Abg. v. Dirckſen (Freikons.) verurteilt die Einseitigkeit der Interpellanten und zeigt, daß die angegriffenen Listen nur dem Kontraktbruch entgegenwirken sollen. Von schikanöser Ausnutzung könne ebensowenig die Rede sein wie von Maßregelung Mißliebiger. Man dürfe dem Arbeitgeber nicht zumuten, dem Kontraktbruch ruhig zuzusehen. Die Listen seien

kein Angriff der Unternehmer, sondern eine Abwehrmaßregel.

Warum sollen die Unternehmer nicht auch solidarisch sein? Die Kontraktbrüchigen müssen zum Betriebe zurückkehren, um in Frieden aus ihm zu scheiden. Daneben müsse den Listen ihr geheimer Charakter genommen werden und das sollte der Zechenverband aus eigener Initiative tun.

Darauf vertagt sich das Haus.

Am eine Fürstenkrone.

5] Roman von Reinhold Ortmann.

(Fortsetzung.)

„Die Rollen zwischen uns schienen gegen früher völlig vertauscht," fuhr Raffaella fort; „denn jetzt war er es, der des tröstenden Zuspruchs und der Ermutigung bedurfte und ich verdiene gewiß keinen Vorwurf, weil ich mich in der Erinnerung an all' die selbstlosen Freundesdienste, die er mir einst geleistet, nach Kräften bemühte, ihn aufzurichten und sein Selbstvertrauen zu stärken. Dann kam sein erstes Auftreten — und es brachte ihm eine unzweideutige Niederlage. Nie habe ich einen Menschen so ganz gebrochen und verzweifelt gesehen, als er es an jenem Abend und während der folgenden Tage war. Ich bin sicher, daß er sich damals mit Selbstmordgedanken trug, und daß irgend eine Katastrophe eingetreten wäre, wenn auch ich ihn im Stich gelassen hätte. Es war eine schwere Zeit für mich; aber ich zieh mich in der Stille meines Herzens ohnedies der Undankbarkeit gegen ihn, und ich wollte meine Pflichten doch nicht ganz versäumen. Eine Woche nach jenem mißglückten Debüt spielte er wieder und gefiel dem launischen Publikum noch weniger, als das erstemal, obwohl es gewissermaßen sein Herzensblut war, das er an die Durchführung dieser seiner Lieblingsrolle verschwendet hatte. Mit klopfendem Herzen hatte ich einem Teil der Aufführung beigewohnt; aber da ich sah, wie man den Unglücklichen mißhandelte, war ich nicht stark genug, bis zur Beendigung des Stückes zu bleiben. Ich erwartete ja, daß er nach dem Schluß der Vorstellung zu uns kommen würde, um bei uns Trost und Teilnahme zu suchen. Aber wir erwarteten ihn vergebens, und auch während der beiden nächsten Tage zeigte er sich nicht. Da beging ich in der Furcht, daß seine Verzweiflung ihn zu einer Tat des Wahnsinns treiben könnte, die Unklugheit, ihn selbst in seiner Wohnung aufzusuchen, und wenn ich mir in der ganzen Angelegenheit überhaupt etwas vorzuwerfen habe, so ist es einzig dieser wohlgemeinte, doch immerhin vielleicht unbedachte Schritt. Ich fand ihn fast noch verstörter, als ich gefürchtet hatte. Innerhalb dieser wenigen Tage schien er um Jahre gealtert, so daß ich bei seinem Anblick heftig erschrack und kaum eines Wortes fähig war. Er aber legte meinem Kommen offenbar viel größere Bedeutung bei, als es nach meinem Willen hatte haben sollen, und er dankte mir dafür in einer so überschwenglichen, fast leidenschaftlichen Weise, daß ich meine Übereilung alsbald bereute und mich so schnell, als es nur immer möglich war, wieder entfernte.

„Von Liebe freilich hatte Paul Wismar mir auch bei dieser Gelegenheit nicht gesprochen," berichtete Raffaella ihrem Gatten weiter, „und ich setze das, was mir in seinen Worten rätselhaft und unverständlich geblieben war, allein auf die Rechnung seines aufgeregten Zustandes und seiner überreizten Nerven. Obwohl sein Gastspiel drei Rollen hatte umfassen sollen, trat er doch in Berlin nicht wieder auf. Aber er kam noch einmal zu uns — leider in Abwesenheit meines Vaters — um uns mitzuteilen, daß er einen Ruf an das deutsche Theater in Petersburg erhalten habe und daß er unverzüglich dahin abreisen werde. Sein Gemüt litt unverkennbar noch immer unter den Nachwirkungen jener furchtbaren Niederlage, und er war so exaltiert, daß ich mich in Wahrheit vor ihm fürchtete. Ich achtete kaum noch auf das, was er sprach, nur von dem Wunsche beseelt, daß er mich bald verlassen möge, und so kann es denn vielleicht geschehen sein, daß ich aus Furcht, seine Erregung noch zu steigern, manches unwidersprochen ließ, was ich unter andern Umständen mit Entschiedenheit zurückgewiesen haben würde. Nur dunkel kann ich mich erinnern, daß er von der Unverbrüchlichkeit seiner Freundschaft sprach und davon, daß er es trotz seines Berliner Mißerfolges noch zu einem großen, berühmten und reichen Künstler bringen werde. Ich sagte zu allem Ja und gab ihm meine besten Wünsche mit auf den Weg; aber ich hatte den Eintritt meines Vaters noch nie mit solcher Freude begrüßt, als in jenem Augenblick, da sein Kommen endlich dem für mich so peinlichen Beisammensein ein Ziel setzte. Wismar stürzte fort, und ich erfuhr später, daß er in der Tat noch am nämlichen Tage abgereist sei. Ein paarmal sandte er mir kurze Briefe und Ausschnitte aus Petersburger Blättern, die sich günstig über seine Leistungen aussprachen. Dann aber, da ich ihm beharrlich die Antwort schuldig blieb, hörten auch diese Lebenszeichen auf, und ich wähnte, daß er mich vergessen habe, wie ich ihn vergessen in der Fülle meines köstlichen — doch, wie es scheint nur allzu kurzen Glückes!"

Wie tiefe Wehmut hatte es in ihren letzten Worten gezittert, und die Lider mit den langen, seidenen Wimpern hatten sich über die dunkeln Augen gesenkt, als ob sie den feuchten Schimmer aufsteigender Tränen verbergen sollten. So hinreißend schön war Raffaella in dem Moment, daß der junge Gatte die Maske, die er so lange mit fast übermenschlicher Selbstüberwindung behalten, nicht länger zu ertragen vermochte. Indem er vor ihr auf ein Knie niederglitt, erfaßte er mit stürmischem Druck beide Hände seines berückenden Weibes.

„Schwöre, daß du mir jetzt die volle Wahrheit gesagt hast, Raffaella — doch nein, nein, schwöre mir nichts! Ich glaube ja an dich — ich will an dich glauben, weil ich der unglücklichste aller Menschen sein würde, wenn ich jemals aufhören müßte, dir volles Vertrauen zu schenken. Sieh, ich gehöre nicht zu denen, die ihre Leidenschaft stets auf der Zunge tragen. Meine Erziehung und meine Ausbildung für den Beruf eines Diplomaten haben mich gelehrt, schweigend in mir zu verschließen, was mich am tiefsten bewegt — und was anfänglich vielleicht nur angelernt war, ist mir nach und nach zur zweiten Natur geworden. Ich bin kein ungestümer Liebhaber gewesen, aber die Liebe zu dir macht nichtsdestoweniger den Inhalt meines ganzen Daseins aus; ja, sie ist für mich gleichbedeutend mit dem Dasein selbst! Ich will mich wahrlich dessen nicht berühmen, was ich getan habe, um unsre Verbindung zu ermöglichen; aber es muß dir immerhin als ein Beweis dafür erscheinen, daß nichts auf Erden mir von gleichem Werte ist als das Glück